

# Leben nach Migration

Newsletter des Migrationsrats Berlin-Brandenburg e. V.

## Inhalt:

### Seite 1–5

MRBB begrüßt zwei neue Mitgliedsorganisationen:

Babel e.V. und den Volksrat der Eelam Tamilen – Deutschland e.V.

### Seite 5–6

Legal – aber nicht intelligent

Tage des Interkulturellen Dialogs

### Seite 7

Der MRBB verurteilt Polizeibrutalität

### Seite 8

Aufrufe:

Wahrheit und Gerechtigkeit für Oury Jalloh! Jetzt spenden für einen unabhängigen Brandgutachter!

Stoppt Racial Profiling. Neue Petition mitzeichnen.

Die in *Leben nach Migration* wiedergegebenen Stimmen und Perspektiven sind nicht gleichzusetzen mit den Positionen und Ansichten des MRBB.

*Kein Wir ohne Uns*

## MRBB begrüßt zwei neue Mitgliedsorganisationen

Der MRBB ist um die beiden Vereine **Babel e.V.** und **Volksrat der Eelam Tamilen – Deutschland e.V.** (VETD) angewachsen. Wir möchten in dieser Ausgabe von *Leben nach Migration* beide herzlich begrüßen und vorstellen.

Mit Dr. Mekonnen Shiferaw, dem Gründer

und Geschäftsführer von Babel e.V. führten wir ein Gespräch über die Herausforderungen und Erfolge im Kampf gegen Rassismus sowie über die Gründe zur Mitgliedschaft beim MRBB. Der VETD stellt sich ab Seite vier mit einem eigenen Text vor.

## „Wir müssen da gemeinsam durch“

Interview mit Dr. Mekonnen Shiferaw

### Babel e.V. gibt es nun schon seit einiger Zeit. Wie hat alles angefangen?

1990 bin ich mit meiner Familie von Friedrichshain nach Marzahn-Hellersdorf gezogen. Von Rechtsextremismus hatten wir damals keine Ahnung. Obwohl es auch in der DDR Rassismus gab. Anfang der 90er Jahre, waren „Ausländer\_innen“ in Marzahn-Hellersdorf ein Tabu Thema. Viele Menschen mit rechtsextremen Einstellungen hatten den Bezirk im Griff und er galt als NoGo-Area. Für Migrant\_innen, die hier lebten, war es sehr schwer, beispielsweise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren oder mal einen Spaziergang zu machen – das war fast unmöglich. Ich und meine Frau überlegten wegzuziehen. Aber dann dachten wir, das wollen sie doch! Sie wollen, dass wir alle wegziehen. So entstand die Idee, ein präventives Projekt gegen Rechtsextremismus zu initiieren. Das Projekt hieß damals wie heute Babylon.

### Wo fängt man an gegen Neonazismus zu kämpfen?

Wichtig war uns, dass Kinder und Jugendliche nicht in die rechtsextreme Szene hineinkommen. Deshalb wollten wir an die Schulen. Von Beginn an hatten wir unterschiedliche Teilprojekte, für Schulen, Kitas, Kinder im Hort, aber auch Beratung und Begleitung für Migrant\_innen und eine Begegnungsstätte. Mit den Jahren konnten

wir unsere Angebote ausbauen und intensivieren, auch die Standorte in verschiedenen Berliner Bezirken konnten wir erweitern. Die ersten beiden Jahre war das Projekt Babylon unter der Trägerschaft einer gGmbH. 1994 ist dann Babel e. V. aus dem ersten Projekt heraus gegründet worden und hat das Projekt Babylon übernommen.

### Die Arbeit gegen Neonazismus bringt viele Herausforderungen mit sich. Welche Erfahrungen haben Sie über die Jahre gemacht?

Wir hatten hier schon alles. Dreimal gab es Brandanschläge im Haus. Rechtsextreme Schmierereien, Aufkleber und auch Morddrohungen haben wir bekommen. Rassistische Beleidigungen gegen meine Person. Es war alles dabei. Aber wir haben nicht aufgegeben. Auch in den Schulen war es anfangs sehr schwer. Die rechtsextreme Szene war dort auch unterwegs und beeinflusste die Kinder und Jugendlichen. Sie schenkten ihnen CDs und verteilten Propagandaflugblätter. Es gab Schulen, bei denen meine Mitarbeiter\_innen gesagt haben: „Nein, da gehen wir nicht hinein“. Aus Angst, weil auf uns gespuckt wurde und man uns Steine hinterher warf. Wir haben uns gesagt, wir müssen dran bleiben und Geduld haben, von heute auf morgen geht es nicht. Es hat funktioniert. Später wurde es zu einem



Dr. Mekonnen Shiferaw, Gründer und Geschäftsführer von Babel e. V.

<http://www.haus-babylon.de/>

wichtigen Thema. Dann sind diese Jugendlichen, die vorher so schwierig waren, zu uns gekommen. Das war ein Erfolg.

**Babel e.V. hat es geschafft, die Erfahrungen mit Rassismus und Rechtsextremismus in etwas Positives umzuwandeln.**

Ja. Ich kann sagen, dass ich mein Ziel zum Teil erreicht habe. Dieses Haus ist heute ein bekanntes interkulturelles Zentrum, eine bekannte Kinder- und Jugendeinrichtung und ein beliebter Nachbarschaftsort. Die Angebote werden sehr gut angenommen, wir haben an die 1.500 Besucher\_innen pro Monat. Von Beginn an hatten wir Menschen aus 15 verschiedenen Ländern, die aktiv im Verein mitwirken. Wir arbeiten generations-, kultur- und religionsübergreifend, weil wir mit allen Menschen in der Gesellschaft zu tun haben wollen. Das begeistert mich sehr und ich bin sehr froh und zufrieden, dass wir das initiiert haben und soviel erreicht haben.

**Wie behandeln Sie das Thema Rassismus und Neonazismus in einer Schulklasse?**

Wir wollen Rassismus und Rechtsextremismus nicht trocken oder theoretisch behandeln. Wir erzählen zu Beginn von unseren Geschichten. Ich erzähle beispielsweise, wie ich hierher gekommen bin, warum und wann ich gekommen bin. Welche Probleme ich hier habe. So kommen wir ins Gespräch. Kinder und Jugendliche sollen erstmal die Geschichte hören, danach können sie Fragen stellen. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche über Rechtsextremismus diskutieren, dass sie über die Probleme von Migrant\_innen mit Rechtsextremismus informiert werden. Wir diskutieren mit ihnen über pauschale Verurteilungen und Diskriminierung von Migrant\_innen. Durch verschiedene Workshops werden unterschiedliche Themen wie Kultur und Kulturbegriffe, Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland behandelt. Es wird den Teilnehmer\_innen klar gemacht, wo die Wurzeln für Diskriminierung liegen, welche Auswirkungen diese haben und was alles dazu zählt. Viele sind erstaunt, wo Diskriminierung anfängt und können aus eigenen Erfahrungen die Situationen nachempfinden, mit denen sie bis dahin noch nichts zu tun hatten.

**Es muss anstrengend sein, so persönliche Details aus der eigenen Biographie und von den schmerzhaften Erfahrungen mit Rassismus zu erzählen?**

Am Anfang war es schwer, jetzt ist es nicht mehr so anstrengend. Wir haben uns dran gewöhnt, dass wir offen sein müssen. Wir haben schlechte aber auch gute Erfahrungen gemacht. Wenn ich gefragt werde, warum ich in Hellersdorf lebe, dann sage ich, dass ich hier auch gute Freunde habe und mich wohl fühle. Deshalb lebe ich gerne hier und nicht woanders. Man darf nicht pauschalisieren, natürlich sind nicht alle Deutschen Rassist\_innen oder Rechtsextremist\_innen. Aber es muss viel stärker bewusst gemacht werden, wo Rassismus beginnt. Mit offenen Formen von Rassismus ist für Betroffene leichter umzugehen, als mit unterschwelligem Rassismus, der genauso verletzt, und wo einem immer einge-redet wird, dass wäre nicht so gemeint und man solle nicht immer so überempfindlich sein.

**Sind Lehrer\_innen aufgeschlossen für solche Projekte?**

Wir haben immer wieder gemerkt, dass Lehrer\_innen viele Dinge auf die leichte Schulter nehmen, nach dem Motto: „Naja, das ist eben so“, oder „das ist nicht so gemeint“ und "es gibt viel Schlimmeres". Aber solche Einstellungen gehen nicht. Lehrer\_innen brauchen interkulturelle Sensibilisierung, bei welchen sie an sich selbst arbeiten sollen. Zudem gibt es schreckliche Bücher, die immer noch in den Schulen benutzt werden. Lehrbücher, die eine koloniale Sprache gebrauchen. Der Staat hat immer noch nichts gemacht. Dort stehen Geschichten und Wörter, die man in früheren Zeiten benutzt hat, mit explizit rassistischem Inhalt. Das muss geändert werden. Ich weiß nicht, was der Senat hierzu noch machen wird. Wenn Schüler\_innen dies thematisieren, werden sie mit dem Totschlagargument konfrontiert: „Wenn das im Schulbuch steht, ist es ja offenbar richtig.“

**Sie sprechen das Problem des strukturellen Rassismus sowie des Alltagsrassismus an. Strukturen also, die so fest verankert sind in**

**den Köpfen und in der Gesellschaft, so normalisiert sind, dass sie nicht als Rassismus erkannt werden. Dies wird auch und gerade im Bildungssystem reproduziert. Bieten Sie andere, nicht-eurozentrische Lerninhalte an?**

Ja, wir haben beispielsweise ein Projekt, das *Antirassistische Fantasiereisen* heißt. Es wendet sich an kleine Kinder. Wir wollen ihnen vermitteln, dass jeder Mensch ein Individuum ist und in der Gesellschaft die gleichen Rechte hat. In diesen antirassistischen Fantasiereisen wird von unterschiedlichen Kulturen und Lebensweisen erzählt, wie unterschiedlich die Kinder aufwachsen, welches Spielzeug sie haben. Man erfährt etwas über die Geschichte der einzelnen Länder. Dazu haben wir Gegenstände, die sie anfassen, sehen und hören können. Wir bringen den Kindern und Jugendlichen auch bei, dass und warum bestimmte negative Worte nicht benutzt werden sollen. Von den Schulen oder den Eltern gibt es wenig Bewusstsein über Rassismus in der Sprache. Auch sie müssen das erstmal lernen. Sie denken beispielsweise, dass das „N-Wort“ ein ganz normales Wort ist und argumentieren: „Was soll man denn sonst zu solchen Leuten sagen?“ Sie müssen verstehen, dass Rassismus eine jahrelang eingeprägte und verinnerlichte Geschichte ist. Dass macht Rassismus auch heute so real. Wir müssen darüber sprechen, wenn wir das Thema richtig angreifen wollen.

**Die Arbeit mit Erwachsenen ist also auch ein Teil der Arbeit von Babel e.V.?**

Ja wir arbeiten mit kleinen und größeren Kindern, mit Jugendlichen und auch mit Erwachsenen. Mit solchen, die im pädagogischen Bereich arbeiten, aber auch darüber hinaus.

**Wie wichtig ist die Vernetzung mit anderen MSOs, wenn man bedenkt, dass viele Probleme deutschlandweit bzw. europaweit sind?**

Die Vernetzung und der gemeinsame Kampf sind sehr wichtig. Wir sind auch deshalb Mitglied beim MRBB geworden, um uns besser zu vernetzen. Ich denke, wir sind insgesamt noch am Anfang. Der MRBB ist noch relativ jung. Solche Zusammenschlü-

se müssen sich erstmal richtig stärken. Egoismus einzelner ist hierbei eine große Gefahr. Babel e.V. hat sich für eine Mitgliedschaft entschieden, um einen Beitrag zur Stärkung des MRBB zu leisten, nicht um daraus einen Vorteil zu schlagen. Die Geschichte mit den letzten Wahlen zum Landesbeirat hat mich selbst sehr enttäuscht. Solche Geschichten müssen von vornherein vermieden werden. Dass Leute sich ausschließlich für ihre Vorteile interessieren und die eigentliche Arbeit vergessen.

**Babel e.V. geht es also um die Stärkung einer migrantische Bewegung auf politischer Ebene?**

Ja. Das ist mein Ziel. Ich möchte, dass wir Migrant\_innen nicht mehr so behandelt werden wie ein neues politisches Thema, eines das man immer wieder vergisst. Die Migrant\_innen müssen gemeinsam kämpfen. Es soll nicht über uns diskutiert und entschieden werden. Es soll mit uns diskutiert und entschieden werden. Bis jetzt ist das anders gelaufen. Möchten wir das in der Zukunft? Nein! Wir möchten Teil dieser Gesellschaft sein, was wir ohnehin schon längst sind. Als Teil der Gesellschaft möchten wir mitreden und mitentscheiden. Interkulturelle Öffnung darf nicht nur in einigen kleinen Abteilungen passieren, sondern muss in der gesamten Gesellschaft vorangetrieben werden. Wir müssen dies gemeinsam fordern, egal welche Unterschiede es zwischen den Communities gibt. Diese Unterschiede dürfen nicht zu Streitigkeiten führen, sondern wir müssen darüber stehen und gemeinsam und geschlossen kämpfen. Ich sage immer, wer soll für mich kämpfen, wenn ich nicht für mich selbst kämpfe? Niemand. Wir müssen da gemeinsam durch. Wir nehmen nicht mehr hin, dass wir als MSO immer nur als Kooperationspartner wirken, dass wir an den Ressourcen der Gesellschaft nicht wirklich eigenständig teilhaben können, dass wir immer noch das fünfte Rad am Wagen sind. Wir wollen nicht mehr nur die Ratgeber\_innen sein, wie Interkulturelle Öffnung funktionieren könnte, sondern wir sind die Öffnung. Das ist unser Ziel. Und das sind die Beweggründe zur Mitgliedschaft beim MRBB, Babel e.V. möchte hier einen Beitrag leisten.

**Wir bedanken uns für das Gespräch.**

*Das Gespräch führte Sabine Bretz*



## Der Volksrat der Eelam Tamilen – Deutschland e.V



Der Volksrat der Eelam Tamilen – Deutschland e.V kämpft für die Rechte von Geflüchteten überall auf der Welt. Hier auf der Demo für die Rechte von Geflüchteten am 13.10.12 in Berlin.



Karateunterricht beim Volksrat der Eelam Tamilen

[www.vetd.org](http://www.vetd.org),  
[info@vetd.org](mailto:info@vetd.org)

**Ansprechpartner/Vorsitzender des Vereins:**  
Gopalapillai  
Jeyasangar

Wir, der *Volksrat der Eelam Tamilen – Deutschland e.V.* freuen uns sehr, uns mit diesem Newsletter als neues Mitglied des Migrationsrates Berlin-Brandenburg vorstellen zu dürfen.

Wir sind Eelam Tamilen, die vor dem völkermordähnlichen Vorgehen des srilankischen Regimes flüchteten, um unser Leben zu retten. Mittlerweile leben wir seit über 30 Jahre weltweit verstreut. Die große Flüchtlingswelle von Tamilen aus Sri Lanka setzte 1983 mit dem Pogrom gegen diese Volksgruppe ein. Viele Tamilen verloren dabei ihr Leben, oder ihr Hab und Gut. Bis Mitte der 90er Jahre hielt der Flüchtlingsstrom an, er nahm dann jedoch mit der Einführung einer restriktiven Asylpolitik in Deutschland rapide ab. Heute leben in Deutschland schätzungsweise 63.000 Tamilen, viele bereits in der zweiten und dritten Generation. Während tamilische Migrant\_innen der ersten Generation vor allem als Zeitungszusteller\_innen, Küchen- und Putzhilfen im so genannten Niedriglohnsektor arbeiten, ist die zweite Generation verstärkt in kaufmännischen, medizinischen, juristischen und technischen Berufen vertreten. Mit schätzungsweise einer Million Tamilen in Europa, Kanada, den USA und Australien und vielen Tamilen, die in den letzten Jahrzehnten nach Südtindien gegangen sind, lebt ein beträchtlicher Teil der tamilischen Bevölkerung inzwischen in der Diaspora.

Es gibt in Deutschland viele tamilische Vereine, die kulturelle Vielfalt und sportlichen Aktivitäten fördern. Obwohl wir uns in Deutschland seit Jahren für die Rechte der Eelam Tamilen einsetzen, gab es bisher keinen Dachverband, der auf politischer Ebene damit befasst war, die Interessen der Tamilen zu vertreten. Daher haben wir 2010 den *Volksrat der Eelam Tamilen – Deutschland* gegründet.

In kürzester Zeit und mit harter Arbeit haben wir mittlerweile so viel Anerkennung erhalten, dass wir als Vertreter\_innen der Tamilen auch mit verschiedenen deutschen Parteien und Abgeordneten Gespräche führen können. Der Volksrat hat in allen Bundesländern sowohl Mitglieder als auch Vertreter\_innen, die sich mit dem Vorstand koordinieren und

entsprechende Aktivitäten durchführen. Hinzu kommen die Mitgliedsvereine, welche wir auf verschiedenste Weise fördern und mit denen wir auch zusammenarbeiten.

Nachdem die srilankische Regierung die Waffenstillstandsvereinbarung von 2002 für null und nichtig erklärt und die Rückkehr zu Friedensverhandlungen abgelehnt hatte, entfachte sie einen Vernichtungskrieg gegen das tamilische Volk im Norden der Insel, der sich zu jener Zeit – was auch international anerkannt worden war – unter der Kontrolle der Widerstandskämpfer\_innen befand.

Nach offiziellen Behördenangaben lebten im Oktober 2008 in den umkämpften Gebieten der Region Vanni 429.025 Menschen. Bis zum Kriegsende, dem 18. Mai 2009, überlebten 282.380 von ihnen, die danach für 18 Monate in Internierungslagern der srilankischen Armee festgehalten wurden. Bischof Joseph Rayappu war der erste, der den Mut hatte, öffentlich nach den 146.679 Verschwundenen zu fragen. Bis heute hat die srilankische Regierung keine offiziellen Opferzahlen veröffentlicht, denn dies würde ihre massiven Kriegsverbrechen und den Genozid an den Tamilen nachweisen. Jedoch bestätigt heute die UN, dass bis zu 80.000 Tamilen durch die srilankische Regierung ermordet worden sind.

Neben interkulturellen Aktivitäten hat die Lobbyarbeit für den *Volksrat der Eelam Tamilen – Deutschland e.V.* die höchste Priorität, sowohl im menschenrechtlichen als auch im politischen Bereich. Zudem engagieren wir uns, mit der Durchführung verschiedener Projekte, für die Integration und politische Teilhabe der Tamilen in Deutschland. Unser Büro befindet sich in der Bundesallee 160, welches wir uns mit unserem Mitgliedsverein *Tamilisches Kunst- und Tanzforum e.V.* teilen. Dort bieten wir zurzeit verschieden Kurse an: Karate-, Nachhilfe-, Keyboard-, traditionellen Tanz-, Ge-

sangs-, Tabela- und Geigenunterricht.

Der Grund, Mitglied des MRBB zu werden war für uns, gemeinsam mit anderen Vereinen mit Migrationshintergrund die Interessen

aller Migrant\_innen aus verschiedenen Ländern zu vertreten und somit eine Stimme und Ansprechpartner\_innen für die Politik der Migrant\_innen auf Landesebene zu sein.

## Legal – aber nicht intelligent

Was man zur bisherigen Arbeit des rot-schwarzen Senats im Allgemeinen sagen kann, trifft auf die Ernennung der neuen Landesbeauftragten für Integration und Migration besonders zu: Der Senat stellt sich nicht geschickt an.

### Was ist passiert?

Für den jüngst zurückgetretenen Landesbeauftragten für Integration und Migration, Herrn Günter Piening wurde Frau Dr. Monika Lüke am 11. September 2012 durch den Senat als Nachfolgerin ernannt. Da Frau Dr. Lüke sich in ihrer bisherigen Arbeit (als Entwicklungshelferin, in der Evangelischen Kirche und bei Amnesty International) mit dem Schwerpunkt Menschenrechte, Flüchtlinge und Asyl beschäftigt hat, ist zu hoffen und zu erwarten, dass die Berliner Integrationspolitik durch sie gerade in diesem Bereich kreative Impulse erfährt. Selbstverständlich wird sie sich in die Berliner Situation noch einarbeiten müssen.

Neben zu großen Differenzen in den Vorstellungen zur Integrationspolitik, war Günter Piening wahrscheinlich auch wegen der veränderten Stellung der Position der/des Landesbeauftragten zurückgetreten. Seine Nachfolgerin fungiert nun nicht mehr als Staatssekretärin, sondern als Abteilungsleiterin, innerhalb der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen. Formal gesehen wird die Landesbeauftragte durch ein senatsinternes Auswahlgremium ausgewählt. Danach entscheidet sich die zuständige Senatorin (im aktuellen Fall Dilek Kolat) für eine bestimmte Person. Dann findet eine Anhörung der ausgewählten Person durch den Landesbeirat für Integ-

rations- und Migrationsfragen statt. Dieser hat zwar kein Vetorecht, aber seine Meinung fließt in die endgültige Entscheidungsfindung und Ernennung mit ein. Wie auch bei den bisherigen Ernennungen durch den Senat (s. PartIntG §5, Abs. 1) wurde dem Landesbeirat zur Anhörung nur eine Person vorgeschlagen.

Da es der Senatorin nicht gelungen war, ihre Vorauswahl der Presse vorzuenthalten, sahen sich die Migrant\_innen-Vertreter\_innen des Landesbeirats brüskiert und als „Abnickverein“ benutzt. Daraufhin boykottierten 13 von 14 Vertreter\_innen die Anhörung am 5. September. Damit verschenkten sie die Chance, Frau Dr. Lüke inhaltlich und menschlich kennenzulernen. Vor allem hätten sie diese Anhörung aber auch dazu benutzen können, die demokratisch-prozessuale Lücke im Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG) aufzuzeigen.

Es spricht nämlich einiges dafür das Gesetz im Bezug auf die Anhörung vor der Ernennung der Landesbeauftragten dergestalt zu verändern, dass das interne Senatsgremium mehrere Personen in die engere Wahl einbezieht, die sich dann alle bei der Anhörung des Landesbeirats vorstellen sollten. Im aktuellen Fall nutzten die Landesbeiratsmigrant\_innenvertreter\_innen die Vorgehensweise des Senats dazu, die Konfrontation zu suchen. Scheinbar haben sich zwei Pole gefunden, die sich gegenseitig brauchen: Auf der einen Seite ein konservativer Senat, der die Arbeit der Landesbeauftragten zukünftig stärker kontrollieren will und

wird (vgl. Dregger [CDU] im Tagesspiegel vom 6.9.12) und auf der anderen Seite Migrant\_innenvertretr\_innen, die der Meinung sind, die Beauftragte solle den Senat kontrollieren (vgl. Yonas Endrias in der TAZ vom 7.9.12.).

Die neue Landesbeauftragte bekommt sehr schnell auf diese Art und Weise mit, noch bevor sie mit ihrer Arbeit richtig beginnt, in welcher Gemengelage an Interessenskonflikten sie agieren müssen. Auch das Amt selbst wurde durch dieses Hick-Hack in seinem Ansehen beschädigt. Ebenso gilt die Stimmungslage für die Zusammenarbeit zwischen der Senatorin und dem Landesbeirat als gedrückt. Beschädigt hat sich der Landesbeirat ebenso, denn er erscheint in der Öffentlichkeit als streitsüchtiges und maßloses Gremium, welches seine Funktion als migrantisches Vertretungsorgan

in den Augen vieler untergräbt.

Die Migrant\_innenvertreter\_innen im Landesbeirat sollten sich schnellstens mit ihren Aufgaben und Kompetenzen als Beirat vertraut machen. Das gilt auch für die Anforderungen von Förderanträgen an den Senat. Und vor allem wird hoffentlich möglichst bald die Einsicht um sich greifen, dass Fortschritte in der Integrationspolitik nur erzielt werden können, wenn Landesbeauftragte, Landesbeirat und Senatorin an einem Strang ziehen.

*Der Text ist im Rahmen der Arbeitsgruppe Grundsatzfragen des MRBB entstanden.*

## Tage des interkulturellen Dialogs 2012

Der MRBB beteiligte sich dieses Jahr an vier Dialogrunden. Hier eine kurze Review zum Film- und Diskussionsabend vom 8. November: **«Ich hab gedacht, ich bleibe auf der Straße», der in Zusammenarbeit mit der Interkulturelle Initiative e. V. und dem Familiengarten/Aile Bahçesi stattfand.**

Der 60-minütige Dokumentarfilm begleitet die Widerbegegnung von Frauen, die vor über zehn Jahren die ersten Bewohnerinnen des damals neuen Wohnprojekts der Interkulturellen Initiative waren. Auf einfühlsame Art wird das Schicksal und der Kampf der Frauen von damals und ihr heutiges Leben nahe gebracht. Auch die Kinder von damals, die heute Jugendliche und junge Erwachsene sind, kommen zu Wort und erzählen über ihren Umgang mit der Gewalterfahrung.

Beim überwiegend weiblichen Publikum stieß der Film auf großes Interesse. So blieben alle nach dem Film sitzen und redeten miteinander über das Phänomen Gewalt gegen Frauen in der Familie.

Gegründet wurde das Wohnprojekt speziell für Migrantinnen, da man feststellte, dass sie aufgrund sprachlicher Barrieren, einer großen Abhängigkeit vom gewalttätigen Mann in einer neuen Umgebung und der Unkenntnis ihrer Rechte in Deutschland, besondere Bedürfnisse haben. Die Offenheit und der Mut der Frauen im Film macht betroffenen Frauen Mut, dass ein anderes Leben möglich ist. „Frauen erblühen bei uns wieder“, beschreibt eine Mitarbeiterin des Wohnprojekts ihre Beobachtungen, „wenn sie über ihre Rechte Bescheid wissen und Zeit haben über ihre Situation zu reflektieren. Das sieht man ihnen dann auch an.“

Vor dem Hintergrund, dass Gewalt gegen Frauen, nach der Einschätzung von Beratungsstellen, wieder anzusteigen scheint, ist es ein wichtiger Film. Die Gründe für den Anstieg von Gewalt sind vielfältig und komplex. Feststeht, dass Gewalt gegen Frauen ein gesellschaftliches Problem ist, welches auch auf einem gesamtgesellschaftlichen Level angegangen werden muss. Ein Film wie dieser kann ein erster Bewusstseins-schritt für die Problematik sein. *sb*

Mehr Informationen zum Wohnprojekt sowie zur Interkulturellen Initiative e.V. unter:

<http://www.interkulturellesfrauenhaus.de>

## MRBB verurteilt Polizeibrutalität

Drei der betroffenen Flüchtlingsaktivist\_innen, Augustine Onyema, Hatef Soltani, und Patras Bwanso, schilderten am 9. November 2012 während einer Pressekonferenz am Oranienplatz das brutale Vorgehen der Polizei vom 15. Oktober 2012, während einer friedlichen Protestaktion in der nigerianischen Botschaft. Mit anwesend waren Rex Osa (The Voice), Biplab Basu (ReachOut/KOP) sowie der Anwalt Volker Gerloff (RAV).

Die Schilderungen der drei Aktivist\_innen ähneln sich: Die Polizist\_innen isolierten die Protestierenden voneinander, drohten, schubsten und schlugen sie dann einzeln. Bezeugen kann das niemand, außer den Betroffenen und den Polizist\_innen selbst. Das Vorgehen hatte Strategie.

„Sie zogen, schubsten und schlugen mich, sogar mit ihren Stiefeln. Sie machten Witze und sagten: ‚Wenn du stirbst interessiert es niemanden‘“, so Augustine Onyema über die schrecklichen Ereignisse. Knapp vier Wochen nach dem Vorfall leidet er immer noch unter körperlichen Einschränkungen durch die erlebte Gewalt. Hatef Soltani, wusste sich – bereits brutal festgenommen und in der Zelle auf dem Boden liegend – nicht weiter zu helfen, als seine Menschenrechte auszurufen. Dies quittierte die Polizei, indem sie ihm einen Eimer kaltes Wasser überschüttete. So ließen sie ihn stundenlang liegen. Die Ereignisse verfolgen ihn bis heute. Es fällt ihm sichtlich schwer, darüber zu sprechen. „Bis heute träume ich davon. Jede Nacht. Im Traum würgen sie mich am Hals. Ich bekomme keine Luft“, beendet er seine Schilderungen. „Ich bin froh heute noch am Leben zu sein, um euch zu erzählen, was passiert ist“, beginnt Patras Bwanso als letzter seine Erlebnisse vom 15. Oktober zu erzählen. Er habe Deutschland als „rassistisches, kapitalistisches, kolonialistisches und korruptes Land kennengelernt“. Mit der Besetzung der nigerianischen Botschaft wollten die Protestierenden auf die Kollaboration Nigerias mit der deutschen Abschiebemaschinerie aufmerksam machen. In erzwungenen Anhörungen werden aus Schwarzen Menschen Nigerianer\_innen gemacht, egal woher sie tatsächlich kommen. So können Menschen nach Nigeria abgeschoben werden. Ein Land mit dem sie möglicherweise nichts zu tun haben.

Dies sei nicht die erste Aktion, um dieses

Verbrechen öffentlich zu machen, erklärt Rex Osa. Die Flüchtlingsselfstorganisation The VOICE und die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant\_innen forderten bereits in vielfältigen Protestformen immer das Gleiche: eine Beendigung der Zwangsanhörungen mit der Vergabe falscher Identitäten. Bis heute hat sich nichts an diesem Vorgehen geändert. Als Konsequenz entschieden sie sich, die Botschaft zu besetzen. Bisher gab es zwei Strafanzeigen gegen die Polizist\_innen von Aktivist\_innen sowie eine polizeiinterne. Weitere werden mit großer Wahrscheinlichkeit folgen. „Die Polizei ist gut vorbereitet, deshalb gibt es wenig Chancen juristisch gegen sie vorzugehen,“ ordnet Biplab Basu die Erfolgsaussichten ein und fügt hinzu, „was sich natürlich nicht ausschließen lässt – auch wenn es unwahrscheinlich ist –, dass ein Polizist auspackt.“

Die Botschaftsbesetzung war Teil des seit acht Monaten andauernden Kampfes von Geflüchteten in Deutschland. Ein Kampf um grundlegende Menschenrechte. Ihre Forderungen drehen sich um ein menschenwürdiges Leben. „Freedom of Movement is Everybodies Right“ ist ein beliebter Ausruf auf jeder Flüchtlingsdemo. Migration ist kein Verbrechen. Sie ist ein Recht, das nicht nur der abenteuerlustigen Mittelschicht zusteht. Menschen sind schon immer gewandert und werden dies auch in Zukunft tun. Kein Gesetz, keine Mauer, kein Regime wird dies unterbinden können. Es wird Zeit, ein Recht auf Migration sowie auf ein menschenwürdiges Leben überall ganz oben auf die politische Agenda zu setzen. Ohne Druck bewegen sich die politischen Entscheidungsträger\_innen jedoch nicht. Die aktuelle Flüchtlingsbewegung stellt diesen Druck her. Eine Bewegung, in der viel Potential steckt, auch weil sie gleichzeitig in mehreren Ländern stattfindet. Wir verurteilen jegliche Art von staatlicher Gewalt gegen diese transnationale Bewegung und danken den Geflüchteten für ihren mutigen Kampf. *sb*



## Migrationsrat Berlin-Brandenburg

Oranienstr. 34  
10999 Berlin

TELEFON:  
030 / 61658755

FAX:  
030 / 61658756

E-MAIL:  
presse@mrbb.de

Herausgeber: MRBB

Redaktion:  
Angelina Weinbender (aw),  
Koray Yilmaz-Günay,  
Necat Sunar,  
Iris Rajanayagam (ir),  
Sabine Bretz (sb)

*Texte können verwendet und vervielfältigt werden, sofern die Quelle angegeben ist.*

[www.mrbb.de](http://www.mrbb.de)

### Über den MRBB

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), ein Dachverband von 78 Mitgliedsorganisationen, versteht sich als Interessenvertretung von „Migrant\_innen“ und ihren Angehörigen und setzt sich für ihre rechtliche, soziale und politische Gleichstellung ein. Themen des MRBB sind u.a. Partizipation, Bildung, Medien und Empowerment. Der Newsletter erscheint monatlich und ist als Informationsmedium an alle direkten oder indirekten Mitglieder und darüber hinaus an Multiplikator\_innen und Interessierte gerichtet. Für Mitglieder gibt es monatlich einen Redaktionstag, an dem sie ihre Anliegen für den Newsletter thematisieren können. Artikel können aber auch unverbindlich an [presse@mrbb.de](mailto:presse@mrbb.de) gesandt werden

## Der MRBB unterstützt die folgenden Aufrufe

**Wahrheit und Gerechtigkeit für Oury Jalloh!  
Jetzt spenden für einen unabhängigen  
Brandgutachter!**

Am 7. Januar 2005 ist Oury Jalloh im Polizeirevier Dessau bei lebendigem Leib verbrannt. Bis heute ist nicht geklärt, was an diesem Tag in Zelle Nr. 5 tatsächlich geschehen ist. Während Verwandte, Freund\_innen und die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh von Mord sprechen, wurde im ersten Prozess gegen zwei Polizisten lediglich Anklage wegen „fahrlässiger Tötung“ bzw. „fahrlässiger Körperverletzung mit Todesfolge“ erhoben. Der Prozess endete mit einem Freispruch, obwohl sich Polizeizeug\_innen in eklatante Widersprüche verwickelt hatten. Am 7. Januar 2010 kassierte der Bundesgerichtshof in einer spektakulären Entscheidung das Urteil des Dessauer Landgerichts. Der Fall wird nun seit zwei Jahren vor dem Landgericht Magdeburg neu verhandelt.

Da die Klage der Staatsanwaltschaft bis heute auf die Selbstanzündung fußt, hat die Initiative in Gedenken an Oury Jalloh einen bekannten Brandgutachter gebeten, in einem unabhängigen Gutachten zu klären, wie das Feuer entstanden ist und welchen Verlauf es genommen hat. Ein solches Brandgutachten ist sehr teuer – insgesamt 40.000 Euro. Nicht nur, weil es erforderlich ist, die Zelle nachzubauen, auch Matratzen und andere Materialien müssen angeschafft werden. Hinzu kommen Reise-, Übersetzungs- und sonstige Sachkosten. Dieses Geld soll in den nächsten 2 Monaten in einer massenhaften Crowdfunding-Kampagne mit Unterstützung möglichst vieler Spender\_innen sammeln, weshalb wir die Devise **700 x 50 Euro** ausgegeben haben. Natürlich sind auch kleinere oder größere Beträge willkommen.

Spenden bitte auf folgendes Konto:

Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V.

Bank für Sozialwirtschaft

Kontonummer: 1233 601

Bankleitzahl: 100 205 00

**Stoppt Racial Profiling! Neue Petition  
mitzeichnen!**

Das Bündnis und die Kampagne „Stop Racial Profiling“ wenden sich gegen rassistische Polizeikontrollen, die sich überwiegend gegen Schwarze Menschen und People of Color richten. „Racial/Ethnic Profiling“ steht für die Verdächtigung und Verfolgung von Menschen aufgrund so genannter herkunftsbasierter Personenprofile durch die Polizei. Es beschreibt die diskriminierende Verwendung von Zuschreibungen (wie phänotypische Merkmale, ethnische oder religiöse Zugehörigkeit, Herkunft und Sprache) als Grundlage für Identitätskontrollen und Durchsuchungen ohne konkretes Indiz. Es handelt sich dabei um ein strukturelles Problem, das auch aus anderen europäischen Ländern bekannt ist. Durch die Maßnahme werden Schwarze Menschen und People of Color öffentlich unter Generalverdacht gestellt, als Verdächtige gebrandmarkt und kriminalisiert. Rassistische Einstellungen in der Bevölkerung werden dadurch indirekt legitimiert, was gesamtgesellschaftlich gesehen negative Folgen auf das Zusammenleben hat.

Die Petition gegen „Racial/Ethnic Profiling“ kann **bis zum 18. Dezember** unterschrieben werden. Es werden 50.000 Unterschriften benötigt, damit der Bundestag sich öffentlich mit dem Thema befassen muss.

**Wir bitten darum, dem Aufruf zu folgen,  
um die unakzeptable polizeiliche Praxis  
abzuschaffen.**

[www.stoppt-racial-profiling.de](http://www.stoppt-racial-profiling.de)

Die Bundestagsseite zum direkt  
Unterschreiben:

[https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/\\_2012/\\_11/\\_07/Petition\\_37656.nc.html](https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2012/_11/_07/Petition_37656.nc.html)

### Termine:

### Bündnis gegen Rassismus

Termine und Ort werden auf der  
Homepage des MRBB veröffentlicht unter

<http://tinyurl.com/Buendnistermine>